

Berlin aktuell

Die politische Lage in Deutschland

Rechtsextremistische Mordserie.

Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen. Wir stehen in Trauer an ihrer Seite. Rechtsextremistische Täter haben in den Jahren 2000 – 2007 in unserem Land auf skrupellose Weise zehn Menschen ermordet und weitere schwere Straftaten begangen. Neun zugewanderte Mitbürger und eine junge Polizistin haben ihr Leben verloren. Mit vereinten Kräften von Bund und Ländern gilt es nun, Taten und Zusammenhänge weiter aufzuklären und auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse zu prüfen, wie wir die Sicherheitsstrukturen in unserem Land zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt verbessern können. Dazu gehört auch, bisher unaufgeklärte Straftaten dahingehend neu zu untersuchen, ob es Bezüge zu rechtsextremistischen Netzwerken gibt.

Ein funktionierender Informationsaustausch ist für die innere Sicherheit unabdingbar. Die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern haben auf ihrer gemeinsamen Sondersitzung am vergangenen Freitag erste konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Informationsstrukturen gemacht. Die Einrichtung einer Verbunddatei im Bereich des Rechtsextremismus wurde verabredet und die Schaffung eines gemeinsamen Abwehrzentrums von Bund und Ländern gegen Rechtsextremismus diskutiert. Als Vorbild dienen hier die guten Erfahrungen beim Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Auch die Frage eines NPD-Verbotes muss unter Einbeziehung aller Erkenntnisse aus den Ermittlungen erneut geprüft und auf Chancen und Risiken hin abgewogen werden.

Wir als CDU/ CSU-Bundestagsfraktion werden dafür Sorge tragen, dass die Menschen in unserem Land bestmöglich vor rechtsextremistischer Gewalt geschützt sind. Jeder – gleich welcher Herkunft – muss sich in Deutschland sicher fühlen und auf den effektiven Schutz durch staatliche Organe vertrauen können. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus hat in Deutschland höchste Priorität. Wer sich populistischen Vorwürfen anschließt, der Staat sei auf dem rechten Auge blind, der ignoriert bewusst, dass der Staat die rechtsextreme Szene im Blick hat und rechtsextremistische Taten mit aller Härte verfolgt. Erst vor zwei Monaten hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich den bis dahin größten bundesweit tätigen Neonazi-Verein, die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG), verboten.

Rechtsextremistische Bestrebungen sind eine Bedrohung für den Einzelnen, für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung insgesamt und für das Ansehen Deutschlands in der Welt. Wir werden auf der Grundlage der Ermittlungsergebnisse

die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen ergreifen, um dem Rechtsextremismus effektiv mit aller Härte entgegenzutreten.

Haushalt 2012 beschlossen – Schuldenbremse deutlich unterschritten.

In dieser Woche haben wir die Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 abgeschlossen. Mit der geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 26,1 Mrd. Euro haben wir die Neuverschuldung gegenüber dem Regierungsentwurf um weitere 1,1 Mrd. Euro abgesenkt. Das sind nicht nur 22,3 Mrd. Euro weniger als für 2011 geplant waren, sondern unterschreitet damit auch die zulässige Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Mrd. Euro.

Ob im kommenden Jahr der Neuverschuldungsrahmen von 26,1 Mrd. Euro ausschöpft werden muss, wird sich Ende 2012 zeigen. Für das laufende Jahr zeichnet sich ab, dass wir statt der geplanten 48,4 Mrd. Euro Neuverschuldung mit einem Ist-Wert von weniger als 25 Mrd. Euro neuer Schulden in 2011 abschließen können. Auch dies ist ein Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung.

Unser Konsolidierungskurs schließt die erforderliche Stärkung der Wachstumskräfte ein. Aufgrund der sich abschwächenden Konjunkturerwartungen haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Planungen für 2012 auf noch weiter gehenden Schuldenabbau verzichtet. Wir halten die Ausgaben stabil und setzen Akzente in Zukunftsbereichen. Gegenüber dem Regierungsentwurf erhöhen wir deshalb die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur um eine Mrd. Euro. Für Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen stehen 600 Mio. Euro zur Verfügung, im Bereich Bundeswasserstraßen 300 Mio. Euro und für Schienenwege 100 Mio. Euro.

Dem Bereich Bildung und Forschung stehen für 2012 insgesamt knapp 13 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der ursprünglich im Regierungsentwurf vorgesehene Haushaltsansatz für die Städtebauförderung von 410 Mio. Euro wird um 45 Mio. Euro aufgestockt. Der Bund stellt damit genauso wie im laufenden Jahr auch 2012 ein Fördervolumen in Höhe von 455 Mio. Euro für neue Maßnahmen zur Verfügung.

Der Bundeshaushalt 2012 steht im Lichte unserer europäischen Verantwortung. Deutschland kann bereits in diesem Jahr die 3%-Nettoneuverschuldungsgrenze wieder einhalten und wird sie auch 2012 deutlich unterschreiten. Deutschland zählt zu den haushaltspolitischen Vorbildern in Europa. Diesen Ansprüchen zu genügen, ist wichtiger denn je.

Signal der Stärke und Geschlossenheit.

Nach dem Parteitag der CSU hat auch der 24. Bundesparteitag der CDU in Leipzig gezeigt: Die Union ist die große gesellschaftliche Kraft in unserem Land, die für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft und des sozialen Ausgleichs, der Wettbewerbsfähigkeit und des Zusammenhalts, von Maß und Mitte steht. Wir sind

die Kraft, die intensiv über die politische Ausrichtung des Landes diskutiert, dann unterschiedliche Positionen aber auch zusammenführen kann. Insbesondere in drei Bereichen hat der 24. CDU-Bundesparteitag wichtige Entscheidungen getroffen:

Mit dem Europaantrag wird deutlich, dass Deutschlands und Europas Zukunft untrennbar miteinander verbunden sind. Der Euro ist weit mehr als eine Währung. Scheitert er, dann scheitert Europa. Deshalb müssen wir die Europäische Union weiterentwickeln. Das heißt mehr und nicht weniger Europa, insbesondere im Bereich der Finanzen. Während die frühere rot-grüne Bundesregierung den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht und damit faktisch ausgehebelt hat, wollen wir ein strenges wirtschafts- und finanzpolitisches Regelwerk, das für solide Staatsfinanzen in allen Mitgliedstaaten sorgt.

Die Union will die richtige Schule für jedes Kind, nicht aber die Einheitsschule für alle. Mit dem Beschluss „Bildungsrepublik Deutschland“ steht die CDU für ein begabungsgerechtes und differenziertes Schulsystem. Die neu vorgesehene Möglichkeit der Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen ist ein Angebot an die kommunalen Schulträger, um den Fortbestand von weiterführenden Schulen im ländlichen Raum auch bei sinkenden Schülerzahlen zu erhalten. Darüber hinaus stehen wir zu Haupt- und Realschulen sowie zu integrativen Schulformen, wo diese funktionieren und dem Elternwillen entsprechen.

Im Zentrum unserer Partei steht nicht das Geld, sondern der Mensch. Die Würde des Menschen hat keinen Preis, sie ist unbezahlbar. Im Zentrum unserer Politik steht das christliche Menschenbild, steht das „C“ und nicht das Dollar-Zeichen. Deshalb setzt die CDU sich für eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen ein, in denen es keinen tarifvertraglich festgelegten Lohn gibt. Dabei ist klar: Es geht um eine marktwirtschaftlich organisierte Lösung, nicht um einen politischen Mindestlohn. Die Lohnuntergrenze, die sich an den für allgemein verbindlich erklärten, tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren soll, muss deshalb durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden. Allein sie kann auch die notwendigen Einzelheiten klären und erforderlichen Differenzierungen bei der Festsetzung einer Lohnuntergrenze vornehmen.

Renten steigen, Beitragssatz zur Rentenversicherung sinkt.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat Deutschland gut durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise geführt. Der Arbeitsmarkt ist in der besten Verfassung seit 20 Jahren: Mehr als 41 Millionen Menschen sind erwerbstätig; die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich unter die 3-Millionen-Marke gesunken; in diesem Jahr gab es deutliche Lohnerhöhungen von drei, vier Prozent und mehr. Die ausgezeichnete Entwicklung am Arbeitsmarkt füllt auch die Rentenkasse. Ihre Rücklage wird Ende 2011 fast 24 Mrd. Euro betragen und nähert sich damit der zulässigen Höchstgrenze des 1,5fachen einer Monatsausgabe an. Diesem Erfolg der christlich-liberalen Politik ist es zu verdanken, dass die Renten im Sommer des nächsten Jahres voraussichtlich um 2,3 Prozent im Westen und 3,2 Prozent im Osten ansteigen werden. Aber auch die Beitragszahler profitieren von dieser Entwicklung: Das Bundeskabinett hat am vergangenen Mittwoch beschlossen, den Beitragssatz für die Rentenversicherung zum 1. Januar 2012 von 19,9 auf 19,6 Prozent zu senken. Mit

diesem Schritt entlasten wir die Arbeitnehmer und Arbeitgeber insgesamt um je 1,3 Mrd. Euro und stärken in einem schwieriger werdenden Umfeld das Wachstum in Deutschland.

Die Woche im Parlament

Piraterie vor Somalia.

Die Bundesregierung bringt diese Woche ihren Antrag zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias ein. Die somalische Übergangsbundesregierung bzw. die somalischen Regionalbehörden werden auch in absehbarer Zukunft nicht in der Lage sein, die von somalischem Staatsgebiet ausgehende Piraterie wirksam zu bekämpfen. Der Schutz durch die Operation Atalanta ist auch für die Versorgung der somalischen Bevölkerung mit Lebensmitteln von zentraler Bedeutung, da die humanitäre Hilfe durch Lieferungen des Welternährungsprogramms oder der Mission AMISOM der Afrikanischen Union überwiegend auf dem Seeweg erfolgt. Das Mandat soll unverändert mit einer Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten bis zum 18. Dezember 2012 verlängert werden.

Operation Active Endeavour.

Ebenfalls zur Debatte steht die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA (Operation Active Endeavour/OAE) als Beitrag der NATO zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Der militärische Auftrag besteht darin, bestimmte Bereiche des Mittelmeeres zu überwachen und gleichzeitig zur Abschreckung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten Präsenz zu zeigen. Das Mandat soll inhaltlich unverändert mit einer Obergrenze von 700 Soldatinnen und Soldaten fortgesetzt werden.

EU-Finanzrahmen.

Anlass für den in dieser Woche debattierten Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014–2020 - Ein strategischer Rahmen für nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik mit europäischem Mehrwert“ ist die Tatsache, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen deutlich (um 110 Mrd. Euro) über den Ansatz hinaus geht, den Deutschland zusammen mit Frankreich, Großbritannien, den

Niederlanden und Finnland im Dezember 2010 gefordert hat. Gleichzeitig schlägt die Kommission zur Erhöhung der Einnahmen im Entwurf des neuen Eigenmittelbeschlusses die Einführung einer Europäischen Mehrwertsteuer und eine Europäische Finanzmarktsteuer vor. Angesichts der aktuellen erheblichen Anstrengungen zur Stabilisierung der gemeinsamen Währung und der gleichzeitig erforderlichen nationalen Haushaltskonsolidierungen halten wir eine strikte Ausgabenbegrenzung auch im EU-Haushalt für unumgänglich. Wir als CDU/ CSU-Bundestagsfraktion setzen uns dafür ein, dass die EU nicht mehr ausgibt, sondern ihre Mittel besser einsetzt. Die Einführung einer eigenen EU-Steuer lehnen wir ebenso ab wie den Zufluss von Anteilen nationaler Steuern an den EU-Haushalt.

Daten und Fakten

Höchster Stand der Erwerbstätigkeit seit Wiedervereinigung.

Im dritten Quartal 2011 ist die Zahl der Erwerbstätigen auf rund 41,2 Millionen gestiegen. Das waren 495.000 Personen oder 1,2% mehr als vor einem Jahr. Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stellt diese Zahl den höchsten Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung dar. Die größten Beschäftigungsgewinne im Vorjahresvergleich gab es weiterhin bei den Unternehmensdienstleistern mit einem Plus von 189.000 Menschen (+3,6%), gefolgt von Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit zusammen +138.000 Erwerbstätigen (+1,5%). Demgegenüber war bei den öffentlichen Dienstleistern einschließlich Erziehung und Gesundheit – auch bedingt durch das Auslaufen der Wehrpflicht – im dritten Quartal im Vorjahresvergleich per Saldo ein leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit um 10.000 Personen (–0,1%) zu verzeichnen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt/ BMAS)

Deutsche Wirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Vierteljahr 2011 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,5% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzte sich somit nach dem wachstumsstarken Jahresbeginn (+1,3% im ersten Quartal) weiter fort und nahm im Berichtsquartal wieder etwas mehr Fahrt auf. Zudem wurde das Ergebnis für das zweite Quartal 2011 nach oben, auf nun +0,3%, korrigiert. Im Vorjahresvergleich legte die Wirtschaftsleistung kräftig zu: Das preisbereinigte BIP war im dritten Quartal 2011 um 2,5% höher als ein Jahr zuvor (kalenderbereinigt um 2,6%). Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich in erster Linie aus dem Inland: Dabei trugen insbesondere die privaten Konsumausgaben zum Anstieg des BIP bei.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutsche Wirtschaft bewahrt Euro-Zone vor Stagnation.

Laut Eurostat legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Währungsunion von Juli bis September 2011 nur um 0,2% zum Vorquartal zu. Stärkstes Konjunkturzugpferd war Deutschland mit einem Wachstum von 0,5%. Allein Estland verzeichnete mit 0,8% ein höheres Wachstum. Auch Frankreich legte mit 0,4% deutlich zu. Dagegen stagnierte die Wirtschaft in Spanien, in Zypern schrumpfte sie um 0,7%, in Portugal um 0,4% und in den Niederlanden um 0,3%. Zahlen zu Italien und Griechenland liegen noch nicht vor. Nach einer ersten Schätzung geht die Statistikbehörde in Athen davon aus, dass das BIP im dritten Quartal um 5,2% im Vergleich zum Vorjahresquartal zurückgehen wird.

(Quellen: Eurostat, Welt-Online)